

## Aus dem Plenum und den Ausschüssen

### Bürgerbeauftragtengesetz im Plenum

Das derzeit noch unbesetzte Amt des Thüringer Bürgerbeauftragten veranlasste alle drei Landtagsfraktionen am 1. März jeweils eigene Entwürfe für ein Bürgerbeauftragten- und Petitionsgesetz in die parlamentarische Diskussion zu schicken. Hintergrund der Debatte ist die Frage, wie die Zusammenarbeit von Bürgerbeauftragtem und Petitionsausschuss künftig gestaltet werden soll.

Die Fraktion der Linkspartei. PDS will aus dem Beauftragten einen „Bürgeranwalt“ machen, der nicht mehr als „Konkurrenzveranstaltung zum Petitionsausschuss“ wahrgenommen werde, so der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Roland Hahnemann. Danach soll der Bürgerbeauftragte auch von sich aus tätig werden, Gutachten anfertigen und Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben abgeben können.

Birgit Pelke, für die SPD-Fraktion im Petitionsausschuss, warnte vor einer Überforde-

rung des Bürgerbeauftragten. Seine Kompetenzen sollten gestrafft und die Zusammenarbeit mit dem Petitionsausschuss effektiver gestaltet werden.

Justizminister Schliemann kritisierte den Entwurf der Linkspartei. PDS-Fraktion als „verfassungswidrig“. Der Vorschlag laufe auf ein weiteres Verfassungsorgan hinaus, das keine eigene Aufsicht mehr habe. Auch die Vorschläge für ein neues Petitionsgesetz seien mit der Verfassung nicht vereinbar.

Der CDU-Abgeordnete Michael Heym griff die Idee der Linkspartei. PDS an, die Sitzungen des Petitionsausschusses fortan öffentlich abzuhalten. Heym sah darin lediglich die „Lust, politische Kampagnen zu reiten“. Man solle dies nicht auf den Rücken der Petenten ausleben. Die Fraktionen einigten sich darauf, die Gesetzentwürfe zur weiteren Beratung in den Petitionsausschuss zu überweisen.

### Klimawandel Thema im Landtag

Am 1. März wurden auf Antrag der Linkspartei. PDS die Auswirkungen des Globalen Klimawandels in Thüringen beraten. Umweltstaatssekretär Prof. Dr. Christian Juckenack sagte, Thüringen besäße hier nur einen begrenzten Handlungsspielraum. Es gäbe Thüringer Projekte zum Thema Klimawandel, wie das Bio-Energieprogramm oder die Lokale Agenda 21. Neben eigenen Anstrengungen sowohl bei der Vorsorge als auch durch die Anpassung an den Klimawandel, ginge es aber darum, Deutschlands Einfluss in der Welt zu nutzen. Die Entwicklungspolitik müsse enger mit der Umweltpolitik gekoppelt werden. Vertreter der Opposition mahnten konkretere Ziele und Maßnahmen in Sachen Klimawandel an.

### Bilanz zum Ausbildungspakt

Die CDU-Fraktion forderte die Landesregierung am 2. März auf, über die Ergebnisse des Thüringer Ausbildungspaktes 2006 zu berichten. Wirtschaftsstaatssekretär Dr. Jürgen Aretz sagte, die Versorgung Jugendlicher mit Ausbildungsplätzen stehe „weit oben auf der politischen Agenda“ und der Ausbildungspakt der Landesregierung habe sich in dieser Hinsicht bewährt. Im vergangenen Jahr sind 17 676 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen worden – 9,1 % mehr als der Pakt vorsah. Aretz dankte den Betrieben ausdrücklich für diesen Erfolg, der die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges belege. Die Kritik der Opposition richtete sich vor allem gegen die immer noch bestehende Ausbildungslücke.

### Wirtschaftsausschuss

Im Wirtschaftsausschuss wurde erneut das Thema Lohndumping diskutiert. Anlass dafür war das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, nachdem das Berliner Vergabegesetz nicht verfassungswidrig ist. Nach diesem Gesetz dürfen Berliner Vergabestellen Aufträge nur an Unternehmen vergeben, die nach Tarif bezahlen. Bereits im März 2006 hatte der Landtag die Landesregierung aufgefordert, sich gegen Lohndumping bei der Vergabe öffentlicher Aufträge einzusetzen. Der Ausschuss hat die Landesregierung nun gebeten, im kommenden Mai über die Erfahrungen mit der Thüringer Vergabemittelstandsrichtlinie zu berichten.

### Haushaltsausschuss

Durch den Pörzbergtunnel soll spätestens im Jahr 2010 der Verkehr rollen. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat für den Bau des Tunnels die alternative Finanzierung genehmigt. Im Zuge der Erstellung der Ortsumgebung von Schaala soll dann die Gemeinde deutlich vom Durchgangsverkehr entlastet werden.

### Petitionsausschuss

Mit 932 Eingaben ist die Zahl der Petitionen im Jahr 2006 vergleichbar hoch wie in den letzten Jahren. Neben den Neueingaben hatte der Ausschuss 710 Petitionen aus den Vorjahren und damit 1642 Fälle zu bearbeiten. In zehn Sitzungen behandelten die Ausschussmitglieder 1252 Petitionen, wovon 970 abschließend beraten werden konnten. Die meisten Petitionen (195 Fälle) kamen aus dem Bereich der Rechtspflege. Danach folgten Arbeit, Soziales und Gesundheit (183) und Kommunales (132). Ca. drei Viertel der Fälle entschied der Ausschuss im Sinne der Petenten oder unterstützte durch Weiterleitung an zuständige Stellen.



Sehr geehrte Leserinnen,  
sehr geehrte Leser,

Ich freue mich, Ihnen heute die zweite Ausgabe unseres newsletters präsentieren zu können. Die Umstellung vom vierteljährlichen auf das monatliche Erscheinen des Landtagskuriers hat viel Zustimmung gefunden. Sowohl die gedruckte als auch die im Internet oder per e-mail abrufbare Version hat zahlreiche Leser angesprochen, die sich über die aktuellen politischen Diskussionen in ihrem Landesparlament informieren wollen. Diese positive Resonanz zeigt mir: die Menschen in Thüringen interessieren sich für ihre Landespolitik, sie wollen wissen, was die Abgeordneten beraten und beschließen, sie wollen sich aktiv beteiligen an der Gestaltung eines lebenswerten Thüringens. Wie intensiv Sie das Gespräch mit uns Politikern suchen, hat nicht zuletzt die Thüringen-Ausstellung gezeigt. Am Stand des Landtags haben Sie in vielen Gesprächen mit Abgeordneten aller Fraktionen Ihre Anliegen geschildert, Sorgen formuliert aber auch Ermutigung für den eingeschlagenen Weg zum Ausdruck gebracht. Die Gesprächsforen mit Politikern zu den großen Themen der Landespolitik waren gut besucht und für alle Gäste eine gute Möglichkeit, sich einen Überblick über die Standpunkte der Fraktionen zu verschaffen.

Wir wollen mit dem Landtagskurier einen Beitrag dazu leisten, Sie darüber zu informieren, was wir, die von Ihnen gewählten Abgeordneten, im Landtag tun.

Ihre

*Dagmar Schipanski*

Prof. Dr. Dagmar Schipanski  
Landtagspräsidentin

## Veranstaltungen

### Präsident des EU-Parlaments im Landtag



Hans-Gert Pöttering trägt sich ins Ehrenbuch des Thüringer Landtags ein

Thüringens Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski konnte Ende Februar den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, in ihrem Haus begrüßen. In einem intensiven Gespräch tauschten sich beide über aktuelle Themen aus. Dabei spielte insbesondere die Auswirkungen der EU-Gesetzgebung auf die Länder eine Rolle.

### Erfolgreiches Fazit nach Thüringenausstellung

Mit einem Besucherrekord startete am 3. März die diesjährige Thüringenausstellung in Erfurt, und der Besucherstrom hielt die ganze darauf folgende Woche an. Rund 70.000 Besucher informierten sich auf der größten Verbrauchermesse im Freistaat über alle Themen rund um Haus, Heim und Garten. Aber auch politische Themen kamen nicht zu kurz. Erstmals präsentierten sich die drei Landtagsfraktionen zusammen mit der Parlamentsverwaltung an einem Stand. Ziel des gemeinsamen Auftritts war es, den Besuchern alle Informationen über den Thüringer Landtag aus einer Hand zu bieten. Abgeordnete und Mitarbeiter aller Fraktionen sowie des Landtags standen dabei Rede und Antwort. Der Gemeinschaftsstand war auch Schauplatz für Diskussionsforen zu verschiedenen Themen der Landespolitik. Zur Eröffnung diskutierten Abgeordnete über die Familienpolitik

der Landesregierung. Die Debatte um die Kürzungen bei den Thüringer Theatern spielte in der Runde zur Kulturpolitik die Hauptrolle, außerdem schickten die Fraktionen ihre Experten zur Bildungs- und Wirtschaftspolitik in weitere Gesprächsrunden. Passend zur parallel laufenden Haushaltsklausur der Landesregierung wurde auch über die Finanzpolitik gestritten.



Sparen und Gestalten – Zur Haushaltspolitik diskutieren (v.l.n.r.) Dr. Werner Pidde (SPD), Wolfgang Wehner (CDU) und Mike Huster (Linkspartei.PDS) mit Ludwig Kendzia, Antenne Thüringen.

### Erster Thüringer Stiftungstag

Zu einem Marktplatz der Stiftungen wurde der Thüringer Landtag am 9. März. Das Abbe-Institut für Stiftungswesen an der Friedrich-Schiller-Universität Jena veranstaltete in Erfurt den ersten Thüringer Stiftungstag. Unter Schirmherrschaft von Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski warben Stifter und Vertreter von Stiftungen aktiv für den Stiftergedanken und bürgerschaftliches Engagement. In Vorträgen und Workshops wurden Informationen über die Grundlagen des Stiftungsrechts und Möglichkeiten einer Stiftungsgründung gegeben. Außerdem wurden die wichtigsten steuerlichen Aspekte sowie Fragen des Kapitalerhalts erläutert. In Thüringen gibt es derzeit rund 190 Stiftungen, viele von ihnen fanden an diesem Tag ein Podium, um sich und ihre Arbeit zu präsentieren.

# CDU

Die CDU-Fraktion  
im Thüringer Landtag

Pressestelle

Tel. 0361 - 377 22 06

Fax 0361 - 377 25 20

www.thl-cdu.de

### CDU-Fraktion prüft Alternativen

Die CDU-Fraktion verlangt eine Prüfung von Alternativen zu der geplanten 380-Kilovolt-Hochspannungsleitung durch den Thüringer Wald. Der CDU-Abgeordnete Michael Krapp warnte vor tiefen Einschnitten in den Naturraum Thüringer Wald, die eine weitere 380-KV-Leitung über den Rennsteig bedeuten würden. Der Trassenneubau sei durch den Ausbau bestehender Leitungen möglicherweise verzichtbar.

Die Einwände der betroffenen Bürger müssten ernst genommen werden. Die Landesregierung will die Ergebnisse des Planfeststellungsverfahrens abwarten.

www.thueringer-landtag.de

### Aufgaben klarer trennen - Rechte beider Institutionen erweitern Änderungen im Bürgerbeauftragtengesetz und Petitionsgesetz

Petitionen im Petitionsausschuss, Bürgeranliegen beim Bürgerbeauftragten. Mit dieser klaren Regelung soll künftig Doppelarbeit vermieden und die Effizienz beider Institutionen gesteigert werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat die CDU-Landtagsfraktion in den Landtag eingebracht. Er wird nun im Ausschuss beraten. „Die Aufgabe des Bürgerbeauftragten besteht darin, Bürgeranliegen so zu bearbeiten und offensichtliche Verwaltungsfehler und Verfahrensmängel so zu erledigen, dass es erst gar nicht zu Petitionen kommt. Er ist erste Anlaufstelle und hat in seiner Arbeit als Vermittler zwischen Bürgern und Behörden mehr Freiheiten als der an hergebrachte Verfahren gebundene Petitionsausschuss. Vor allem hat er das Recht, Themen von sich aus aufzugreifen“, erklärte der Vorsitzende des Arbeitskreises Petitionen, Michael

Heym. Der Bürgerbeauftragte sollte die Instanz im Freistaat Thüringen sein, die verhindere, dass aus Missverständnissen

Petitionen werden. „Das kann er aber nur, wenn er weder Parallelinstanz zum Petitionsausschuss ist, noch durch Aufgaben belastet und überlastet wird, die er gar nicht erfüllen kann“, so Heym. Im Gegenzug seien Petitionen zukünftig ausschließlich Angelegenheiten des Petitionsausschusses, der allerdings die Hilfe des Bürgerbeauftragten in Anspruch nehmen könne. Gestärkt werden nach Darlegung des Arbeitskreissprechers sowohl der Petitionsausschuss wie der Bürgerbeauftragte durch das neu eingeführte Recht, unmittelbar auf jede Behörde zugehen zu können. Die Ministerien müssen darüber lediglich informiert werden. Die Strafvollzugskommission soll nach den Vorstellungen der CDU-Landtagsfraktion zukünftig das Recht haben, jede Einrichtung in ihrem sachlichen Zuständigkeitsbereich ohne Voranmeldung aufzusuchen.



Vorsitzender des Arbeitskreises Petitionen, Michael Heym

## Haushaltsnöte: Wo bleiben notwendige Reformen?

Nach Veröffentlichung der Eckpunkte für den Doppelhaushalt 2008/2009 kritisiert der Vorsitzende der Linksfraktion Dieter Hausold, „die Regierung ist nach wie vor nicht bereit, eine Funktional-, Gebiets- und Verwaltungsreform anzugehen“. Unerträglich sei das Gerede von Überkapazitäten bei Lehrern, Polizisten, im Sozial- und im Kulturbereich. Die Linkspartei messe den Haushalt an den Effekten gegen Arbeitslosigkeit und Abwanderung und für öffentlich geförderte Beschäftigung und mehr soziale Gerechtigkeit. Sie spricht sich gegen Kürzungen bei den so genannten Leistungsgesetzen aus. „Die Regierung verweist auf finanzielle Überkapazitäten im Schulbereich, obwohl ihr Stundenausfall, Altersstruktur der Lehrer und mangelnde Ganztagsangebote bekannt sind“, kritisierte Hausold. Auch sei Personalabbau bei der Polizei trotz unzähliger Überstunden kein Beitrag für die innere Sicherheit.

## Neonazis offensiv entgegneten Linksfraktion fordert erneut ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus



Mit einer Mahnwache (siehe Foto) hatte die Linkspartei.PDS gegen die Schändung des Rosa-Luxemburg-Denkmal in Erfurt protestiert und auf die Zunahme rechtsextremistischer und neonazistischer Tendenzen in Thüringen aufmerksam gemacht. Der Vorsitzende der Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS, Dieter Hausold, erneuerte die Forderung nach einem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus. „Der unverhohlene Angriff gegen humanistisches Denken und demokratisches Handeln

zeigt mit seiner Dreistigkeit eine neue Qualität des Kampfes der Neonazis um die Straße und um die Köpfe der Menschen“, sagt Dieter Hausold.

Abgeordnete der Linkspartei.PDS Landtagsfraktion weisen mit dem Tragen von Antifa-Abzeichen darauf hin, dass „offen ausgesprochen und angezeigt werden muss, welche Gefahr dieser Gesellschaft tatsächlich droht“, sagte Sabine Berninger, Sprecherin der Landtagsfraktion der Linkspartei für Migrationspolitik.

**DIE LINKE.PDS**

Die Linkspartei.PDS-Fraktion  
im Thüringer Landtag

Pressestelle

Tel. 0361 - 377 22 93

Fax 0361 - 377 23 21

www.linksparitei-pds-thl.de

## Schwerbehinderte oft arbeitslos

Im Januar waren in Thüringen 7.900 schwer behinderte Menschen arbeitslos gemeldet, so viele wie noch nie. Im Durchschnitt des vergangenen Jahres waren es 7.300. „Das sind absolut schlimme Rekordwerte, denn zu Beginn der 90er Jahre gab es gerade einmal halb so viele arbeitslose Schwerbehinderte“, sagt Maik Nothnagel. Der behindertenpolitische Sprecher der Linksfraktion fordert gerade auch im Europäischen Jahr der Chancengleichheit, dass die verantwortliche Landespolitik statt das Netz der Behindertenwerkstätten weiter auszubauen sich stärker auf die Integration Behinderter auf dem ersten Arbeitsmarkt zu konzentrieren.

## Matschie will mehr Qualität in Thüringer Kitas Erzieherinnen und Erzieher künftig an Universitäten ausbilden

Gemeinsam mit seinen Kollegen der anderen ostdeutschen Bundesländer hat SPD-Fraktionsvorsitzender Christoph Matschie die Bundesregierung aufgefordert, so bald wie möglich ein Modell zur Finanzierung der angekündigten

Betreuungsplätze für Kleinkinder vorzulegen. Es gelte nun, die Vorschläge von Bundesfamilienministerin von der Leyen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in die Tat umzusetzen, sagte Matschie. Die Fraktionsvor-

sitzenden sprachen sich zudem für eine Bildungsquote aus. Sie soll dazu dienen, einen Überblick über sämtliche in den Ländern getätigte Personalausgaben und Investitionen im Bildungsbereich zu bekommen.

Diese seien derzeit noch in den unterschiedlichen Ministerien versteckt. Matschie sagte, dass Eltern in Ostdeutschland zwar bereits gute Möglichkeiten hätten, ihre Kinder betreuen zu lassen – die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Maßnahmen seien aber dennoch der richtige Ansatz, für eine bessere Betreuung von Kindern und mehr Unterstützung von berufstätigen Eltern zu sorgen. Im dritten Schritt - nach der Schaffung von ausreichend Angeboten und einer besseren Qualität in den Einrichtungen - solle dann die Beitragsfreiheit für die Eltern auf der Agenda stehen. Zudem müssten die Erzieherinnen besser ausgebildet werden. Matschie verglich die von der Bundesregie-



Ein genaues Bild von der anspruchsvollen Arbeit der Erzieherinnen machte sich Christoph Matschie bei einem eintägigen „Praktikum“ in einer Jenaer Kindertagesstätte.

**SPD**

Die SPD-Fraktion  
im Thüringer Landtag

Pressestelle

Tel. 0361 - 377 23 65

Fax 0361 - 377 24 17

www.spd-thl.de

rung angestoßene Initiative mit dem Programm für den Ausbau von Ganztagschulen. Nach anfänglichem Protest und Bedenken entstünden diese mittlerweile in allen Bundesländern. Matschie kritisierte die CDU-Landesregierung erneut für die in Thüringen praktizierte Familienpolitik. Diese sei kontraproduktiv und schade den Familien. „Wenn der Bund für ein Jahr Elterngeld bezahlt, müssen die Länder alle Kraft darauf konzentrieren, dass im Anschluss daran ein bedarfsgerechtes und gutes Kindergartenbetreuungsangebot zur Verfügung steht. Genau an dieser Stelle aber kürzt die Landesregierung rigoros.“ Matschie bekräftigte erneut die Unterstützung der Fraktion für das Elternvolksbegehren „Für eine bessere Familienpolitik in Thüringen.“

## Die Landesbeauftragten

Bürgerbeauftragter  
des Freistaats Thüringen  
Tel. 0361 - 377 1870  
Fax 0361 - 377 1872  
e-mail  
buergerbe@bueb.thueringen.de  
www.bueb.thueringen.de

Landesbeauftragte für die  
Unterlagen des  
Staatssicherheitsdienstes der  
ehemaligen DDR

Tel. 0361 - 377 1951  
Fax 0361 - 377 1952  
e-mail  
tlstu@t-online.de  
www.thueringen.de/tlstu

Der Thüringer Landesbeauftragte  
für den Datenschutz

Tel. 0361 - 377 1900  
Fax 0361 - 377 1904  
e-mail  
poststelle@datenschutz.thue-  
ringen.de  
www.datenschutz.thueringen.de

## Hinweise zur Bestellung des Landtagskuriers

Der Landtagskurier erscheint  
zukünftig monatlich in Form  
eines newsletters.

Der Bezug ist kostenfrei so-  
wohl über den Postweg als  
auch über E-mail (im PDF-Da-  
tei Format) möglich.

Wenn Sie den Landtagskurier  
bestellen möchten, schreiben  
Sie uns eine E-mail:  
pressestelle@landtag.thue-  
ringen.de

oder rufen Sie uns an  
Telefon 0361 37 72006



## Der Bürgerbeauftragte

### Stand des Bürgerbeauftragten gut besucht



Zum zweiten Mal seit Bestehen  
des Amtes des Bürgerbeauftragten  
hat dieser an der jährlich in  
der Messehalle in Erfurt stattfin-  
denden Thüringen-Ausstellung  
teilgenommen. Die Mitarbeiter  
des Bürgerbeauftragten stan-  
den nicht nur mit Informationen  
rund um das Amt selbst bereit,  
sondern beantworteten auch di-  
rekt Fragen zu konkreten Proble-  
men der Messebesucher.

Insgesamt zeigte sich, dass die  
Bürger nach wie vor dankbar  
sind, in der Institution des Bür-  
gerbeauftragten eine Anlauf-  
stelle für ihre vielfältigen Pro-  
bleme die Thüringer Behörden-  
landschaft betreffend gefunden  
zu haben. Wie auch bereits im  
Vorjahr und bei anderen Gele-  
genheiten der öffentlichen Prä-  
senz des Bürgerbeauftragten  
haben die Bürger vornehmlich  
Probleme, die im Zusammen-  
hang mit der Beantragung von  
ALG II und von EU-Rente beste-  
hen, angesprochen.

Daneben wurden Fragen zu der  
Erhebung von Kommunalabga-  
ben, so zu Abwasserbeiträgen,  
Straßenausbaubeiträgen und  
Abfallgebühren, gestellt. Eben-  
falls haben die Bürger Probleme  
mit Immissionen, beispielswei-  
se wegen befürchteten oder be-  
reits eingetretenen Lärm- und  
Geruchsbelästigungen, an den  
Bürgerbeauftragten herange-  
tragen mit der Bitte, ihnen bei  
der Durchsetzung ihrer Rechte  
zur Seite zu stehen.

Die Resonanz auf die Instituti-  
on des Bürgerbeauftragten und  
dessen Leistungsangebot ist un-  
gebrochen hoch. Verunsichert  
waren die Bürger allerdings oft-  
mals durch die öffentliche Dis-  
kussion und aktuelle Pressebe-  
richte zu der grundsätzlichen  
Frage des weiteren Bestehens  
der Institution des Bürgerbeauf-  
tragten und der eventuellen Ein-  
schränkung ihm zustehender  
Rechte und des daraus resultie-  
renden dann eingeschränkten  
Leistungsspektrums.(hb)

## Der Datenschutz- beauftragte

### Datenschutzkonferenz in Erfurt

Am 8. und 9. März 2007 fand  
in Erfurt die 73. Konferenz der  
Datenschutzbeauftragten des  
Bundes und der Länder statt.  
Gastgeber der diesjährigen Kon-  
ferenz war der Thüringer Lan-  
desbeauftragte für den Daten-  
schutz, Harald Stauch, der zu-  
gleich erstmalig den Konferenz-  
vorsitz übernahm.

Die Konferenz ist der freiwillige  
Zusammenschluss der amtlichen  
Datenschutzbeauftragten des  
Bundes und der Länder und stellt  
das gemeinsame Beratungs- und  
Beschlussgremium der beteilig-  
ten Institutionen dar. Die Kon-  
ferenz fand erstmalig am 7. De-  
zember 1978 in Hessen statt und  
tagt seitdem jeweils im Frühjahr  
und Herbst unter jährlich wech-  
selndem Vorsitz. Zunächst als Fo-  
rum des fachlichen Austausches  
konzipiert, hat die Konferenz im  
Laufe der Jahre selbst instituti-  
onellen Charakter angenommen.  
Als gemeinsame Arbeitsebene  
der Datenschutzbeauftragten in  
Deutschland bereitet die Konfe-  
renz in verschiedenen Arbeits-  
kreisen Beschlüsse und Entschlie-  
ßungen vor, die die Weiterent-  
wicklung des Datenschutzes in  
Deutschland maßgeblich mitbe-  
einflussen.

Auch in diesem Jahr hatte sich  
die Konferenz ein ebenso an-  
spruchsvolles wie interessantes  
Programm vorgenommen. Ak-  
tuelles Beispiel ist das Thema  
„heimliche Online-Durchsuchung  
privater Computer“. Hinter-  
grund ist das Urteil des Bun-  
desgerichtshofes, wonach sol-  
che Durchsuchungen privater  
PCs nicht durch die Strafprozess-  
ordnung gedeckt und damit ille-  
gal sind. Auch andere verdeckte  
Ermittlungsmaßnahmen waren  
Thema auf der Konferenz. Zudem  
ging es um den datenschutzge-  
rechten Einsatz von Videoüber-  
wachungssystemen und die Re-  
form des Meldewesens durch die  
Einführung des Bundesmelde-  
registers. Aber es ging auch um  
die Datenerhebung durch Private  
bzw. Unternehmen, beispiels-  
weise durch Kreditkartenservice-  
unternehmen oder den Daten-  
schutz im digitalen Rundfunk.

Das nächste Treffen der Daten-  
schutzbeauftragten wird vom  
25. bis 26. Oktober 2007 stattfin-  
den. Weitere Informationen zur  
Konferenz sind auf der Internet-  
seite des Thüringer Datenschutz-  
beauftragten abrufbar.

## Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

### „Kleine zeitgeschicht- liche Reihe 2007“ in Saalfeld gestartet.

Mitte Februar fand im Saalfelder  
Stadtmuseum die erste von fünf  
TLStU-Abendveranstaltungen ei-  
ner „kleinen zeitgeschichtlichen  
Reihe“ statt, in der es um poli-  
tische und Thüringer Themen  
zur DDR-Zeit geht.

Den Anfang machte der aus Suhl  
stammende Historiker Dr. Peter  
Wurschi, der seine Forschungs-  
ergebnisse über „Alternative Ju-  
gendkulturen in der DDR-Zeit“  
an einem Ort vorstellte, der – in  
engster Nachbarschaft zu Ru-  
dolstadt und Braunsdorf – zum  
Zentrum alternativer DDR-Ju-  
gend zwischen Blues, Tramp und  
„Offener Arbeit“ der 70er Jahre  
schlechthin gehörte.

Im Saalfelder Publikum saßen  
keineswegs nur die Koryphäen  
jener alten Jugendszene, sondern  
auch überraschend viele Jugend-  
liche, die mal einen Blick auf ihre  
„Vorgänger“ warfen.

Wurschis Überblick zu der ju-  
gendlichen Subkulturen der ein-  
zelnen DDR-Jahrzehnte und auf  
die von Stasi und DDR-Jugend-  
politikern verfassten Jugend-  
analysen mündete denn auch  
schnell in eine rege Debatte. Es  
ging dabei auch um die Frage,  
ob alternative DDR-Jugendliche,  
die ihr generelles Aussteigertum  
schon äußerlich demonstrierten,  
tatsächlich so unpolitisch waren,  
wie es Wurschi aus den Schrift-  
quellen gefolgert hatte. Aus Süd-  
ostthüringen ließ sich jedenfalls  
anderes benennen. Wie z.B. die  
Debatten Jugendlicher, wie man  
SED-staatlichem Druck verschie-  
denen Couleurs gezielt auswei-  
chen konnte. Oder auch wie sich  
aus jugendlicher Ablehnung und  
Protest unter dem schützenden  
Mantel des legendären Thürin-  
ger Pfarrers Schilling eine poli-  
tische Jugendarbeit entfalten  
konnte.

Dass als nächstes Veran-  
staltungsthema im April die Bausol-  
daten-Briefe des Hallensers Dr.  
Sebastian Kranich folgen, der u.a.  
nach Weimar an seine Freundin  
schrieb, passte geradezu nahtlos  
ans Ende der Diskussion der über  
35 Veranstaltungsteilnehmer.

---  
*Kleine zeitgeschichtliche Reihen  
bietet die Behörde dies Jahr in  
Saalfeld, Eisenach, Ilmenau und  
Nordhausen an. In weiteren  
Kreisstädten gibt es Einzelver-  
anstaltungen.*